



HESSISCHER LANDTAG

26. 02. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD**

Gesundheitspolitik muss frauengerecht sein: Für eine Verbesserung der gesundheitlichen Angebote für Frauen in Hessen in den Bereichen Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Für den Hessischen Landtag ist es von großer Bedeutung, dass allen Menschen, die in Hessen wohnen, ein optimales Angebot in den Bereichen Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung zur Verfügung steht. Jedoch werden nicht immer geschlechterspezifische Merkmale im Gesundheitswesen berücksichtigt und Frauen deshalb aktuell nicht in allen Feldern optimal versorgt. Die Folgen können gravierend, manchmal sogar tödlich sein. Frauen erleben häufiger Fehldiagnosen. So werden beispielsweise Herzinfarkte und andere Herz-Kreislaufkrankungen bei ihnen später erkannt und verlaufen deshalb auch aufgrund frauenspezifischer Symptome häufiger tödlich.
2. Der Hessische Landtag unterstützt die Landesregierung ausdrücklich in ihren Bestrebungen, eine geschlechtersensible medizinische Forschung und Versorgung, die auch dem weiblichen Körper und seinen Bedürfnissen gerecht wird, voranzutreiben und fordert sie gleichzeitig dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass an den Hessischen Hochschulen die Gendermedizin obligatorischer Teil des Medizinstudiums sowie der Aus-, Fort- und Weiterbildungen in den Gesundheitsberufen wird. Der Gender-Gap im Gesundheitsbereich, bei dem unter anderem in Dosierung von Medikamenten, Forschung und Lehre die Körper von Mann und Frau noch immer als „unisex“ verstanden werden, führt zu gesundheitlichen Nachteilen bei Frauen. Diese Praxis muss dringend abgeschafft werden. Bei Erste-Hilfe-Kursen sollen außerdem auch weibliche Dummies verwendet werden, denn aktuell werden aufgrund von Hemmungen von Erst-Helfern Frauen bei Notfällen schlechter versorgt und sterben deshalb in der Folge häufiger als Männer.
3. Der Hessische Landtag begrüßt zudem, dass das Land über verschiedene Frauenerkrankungen auf der Homepage des Hessischen Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege unter dem Stichwort „Frauengesundheit“ informiert und unterstützt die Hessische Landesregierung dabei, diese Themen in der Öffentlichkeit zu platzieren sowie zu sensibilisieren und in Veranstaltung mit Expertinnen, Experten sowie Betroffenen Austausch und Hilfen zu bieten und damit schließlich Frauengesundheit und Frauenerkrankungen auch stärker zu fokussieren.
4. Der Hessische Landtag ist überzeugt, dass präventive Untersuchungsangebote wie beispielsweise die Brustkrebs- oder Gebärmutterhalsvorsorge für Frauen unverzichtbar sind und es hier weiterhin einer intensiven Aufklärung bedarf. Insbesondere die von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlene Durchführung der HPV-Impfung von Jungen und Mädchen im Alter von neun bis 14 Jahren, um vor HPV-bedingten Karzinomen wie dem Gebärmutterhalskrebs zu schützen, muss weiter in den Fokus gerückt werden. Der Hessische Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang die Homepage impfen.hessen.de und die Kampagne „Hessen impft: Firewall für den Körper“, mit deren Hilfe zu wichtigen Themen rund um Impfungen — so auch zu HPV, zu Immunisierung, Gemeinschaftsschutz und Gefahren schwerwiegender Infektionskrankheiten informiert wird.

5. Der Landtag stellt fest, dass etwa fünf bis 15 Prozent aller Frauen unter Endometriose leiden. Somit ist Endometriose die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung in Deutschland. Trotz dieser weiten Verbreitung der Krankheit, die zu sehr starken Schmerzen, manchmal Organschäden und nicht selten ungewollte Kinderlosigkeit führt, vergehen bis zur Diagnose im Durchschnitt 7,5 Jahre. Dies ist unter anderem auf eine mangelnde Aufklärung der betroffenen Mädchen und ihrer Eltern zurückzuführen. Wichtig ist die frühzeitige Information der Mädchen, wenn sie in die Menstruation kommen. Deshalb befürwortet der Hessische Landtag die Aufnahme des Themas Endometriose bei der nächsten Überarbeitung des Hessischen Lehrplans Sexualerziehung. Darüber hinaus begrüßt der Landtag, dass das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen die hessischen Schulen bereits 2023 für einen angemessenen Umgang mit dem Thema „Endometriose“ informiert hat.
6. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die auf Bundesebene geplante nationale Strategie Endometriose positiv zu begleiten und sich an diesem Prozess mit eigenen Strategievorschlägen konstruktiv zu beteiligen. Diese Strategie sollte die Bereitstellung von Mitteln aus dem Bundesprogramm zur Erforschung von Ursachen der Endometriose, neuer Diagnoseverfahren und besseren Behandlungsmöglichkeiten beinhalten. Bei den zu erstellenden Maßnahmen soll auch die mit der Endometriose verwandte Krankheit Adenomyose berücksichtigt werden, um so umfassend die Frauengesundheit zu stärken.
7. Circa 3,8 Millionen Frauen leiden in Deutschland unter einem Lipödem (krankhaften Fettverteilungsstörung). Das Krankheitsbild, welches fast ausschließlich Frauen betrifft, beeinträchtigt das Leben der Betroffenen oft enorm. Die Ursache der Erkrankung ist unbekannt. Die Landesregierung soll gemeinsam mit den einschlägigen Akteurinnen und Akteuren auf Bundesebene Finanzierungsvorschläge der Behandlungsmaßnahmen durch die Krankenkassen (z. B: Liposuktion) — deutlich vor Stadium drei — erarbeiten. In Kooperation mit den Kassenärztlichen Vereinigungen und anderen Trägern soll ein Pilotprojekt zur Ermittlung interdisziplinärer Behandlungsbedarfe und -möglichkeiten für Lipödem-Betroffene geprüft werden. Der Hessische Landtag setzt sich dafür ein, dass Selbsthilfestrukturen gestärkt werden, indem Werbemaßnahmen für die Vereine und Gruppen unterstützt werden. Ein interdisziplinärer Forschungsansatz an Hochschulen und Universitätskliniken bei der Ursachenforschung und Entwicklung neuer Diagnoseverfahren zur Schaffung verbesserter Behandlungsoptionen sollte dabei verfolgt werden. Auch verschiedene anderen Krankheitsbilder, wie beispielsweise Osteoporose betreffen überdurchschnittlich häufig Frauen, so erleiden etwa 20 Prozent der Frauen nach den Wechseljahren eine osteoporosebedingte Fraktur. Zudem betreffen Beschwerden, die die Brust betreffen oder auch PMS (prämenstruelles Syndrom) nur das weibliche Geschlecht. Hierbei sind insbesondere Brustvergrößerungen und -verkleinerungen zu nennen, die teils massive Rückenbeschwerden und andere gesundheitliche Probleme, mindern sollen. Hierbei fordert der Hessische Landtag die Landesregierung dazu auf, frauenspezifische Krankheiten und gesundheitliche Beschwerden mehr in den Fokus zu nehmen und Betroffene bestmöglich zu unterstützen.
8. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Frauen rund um das Thema Schwangerschaft einen niedrigschwelligen Zugang zu verständlichen Informationen, zu umfassender Beratung und Versorgung, zu einer guten medizinischen Infrastruktur, unabhängig von Einkommen, Wohnort, Alter oder Sprache brauchen. Dies schließt die Beratung rund um das komplexe Thema der Pränataldiagnostik bzw. der IGeL-Leistungen (Individuelle Gesundheitsleistungen für Selbstzahlende) ein. Der Hessische Landtag begrüßt die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung zur Verbesserung der Hebammenversorgung. Es gilt, diese Anstrengungen fortzusetzen, die ambulante Hebammenversorgung zu unterstützen und vor Ort passgenaue Angebote mit den Hebammenzentren oder hebammengeleiteten Institutionen weiterzuentwickeln.

9. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Geburten für Mutter wie Kinder traumatisierend sein können und Mütter und ihre Kinder nach so einem Erlebnis eine besondere Beratung und Versorgung brauchen, wenn sie dies wünschen. Hierbei sollte die Thematik der Geburtsverletzungen und deren mögliche Langzeitfolgen fokussiert werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, über Angebote zu informieren und zur Enttabuisierung des Themas beizutragen. Die Thematik postnataler Depressionen und der psychischen Gesundheit der Frauen nach der Geburt, sollten ebenfalls stärker in den Fokus der Politik gerückt werden.
10. Der Hessische Landtag stellt fest, dass eine Traumatisierung von Eltern (insbesondere Müttern) und Geschwisterkindern stattfindet, wenn eine Schwangerschaft in einer Stillen Geburt oder Totgeburt endet. Auch diese Menschen brauchen eine Enttabuisierung des Themas und spezielle Angebote, um das Erlebte zu verarbeiten. Helfen können unter anderem spezifische Selbsthilfegruppen, Rückbildungsgymnastikangebote für Frauen mit „leerer Wiege“ und psychologische Beratungen für alle betroffenen Familienmitglieder. Die Landesregierung wird aufgefordert, Angebote zu fördern, darüber zu informieren und zur Enttabuisierung des Themas beizutragen.
11. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die wohnortnahe und medizinische Versorgung bei einem Schwangerschaftsabbruch zu verbessern. Dazu müssen in Hessen verpflichtend Schwangerschaftsabbrüche und deren Durchführung ins Curriculum der fachmedizinischen gynäkologischen Ausbildung aufgenommen werden. Aufbauend auf den schon bekannten Ergebnissen der ELSA-Studie sollte gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen und den Kliniken geprüft werden, wie Möglichkeiten für ein flächendeckendes Angebot geschaffen werden können, um einen Schwangerschaftsabbruch wohnortnah durchführen zu lassen.
12. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Thematik Wechseljahre/Menopause weite Teile unserer Gesellschaft betrifft und auf das Leben von mehreren Millionen Frauen, unser Gesundheitssystem und die Berufswelt große Auswirkungen hat. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, das Thema „Wechseljahre“ in der Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit verschiedener Zielgruppen und Akteure zu unterstützen und in Kooperation mit den unterschiedlichen Partnern die spezifische Fortbildung von medizinischem Fachpersonal sowie eine stärkere Etablierung des Themas „Menopause“ im Medizinstudium zu fokussieren. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen sensibilisiert werden, die Arbeitsbedingungen für Frauen in den Wechseljahren so anzupassen, dass ihnen bestmögliche Unterstützung ermöglicht wird und sie ihrer Arbeit ohne größere Belastungen ausüben können. Zudem soll das Thema „Wechseljahre“ in das betriebliche Gesundheitsmanagement aufgenommen werden. Beratungen zum Thema „Wechseljahre“ und entsprechende Therapien durch Gynäkologinnen und Gynäkologen sollen ausreichend honoriert werden. Endokrinologische Lerninhalte und Strukturen in der universitären Bildung sollen ausgebaut werden. Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sollen die Beratung und Behandlung von Patientinnen mit Menopausenbeschwerden mit einer separaten Abrechnungsziffer im EBM-System abrechnen können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. Februar 2025

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert